



## **Baden - Württemberg lässt Lehrkräfte ziehen**

Die Freigabe der Bindung des Wechselkurses des Schweizer Frankens an den Euro sorgt auch beim Verband Bildung und Erziehung (VBE) für Unruhe. Entgegen der offiziellen Meldungen über hervorragende Lehrereinstellungszahlen und ausreichender Lehrerversorgung war die Versorgungslage mit Lehrkräften in den Grenzregionen zur Schweiz schon immer prekärer als im restlichen Landesdurchschnitt, da die starke Währung auch Lehrkräfte ins Nachbarland zog. Der Vorsitzende des VBE Südbaden, Josef Klein (Rickenbach), beobachtet seit 2011 -als der Landesrechnungshof die grün-rote Regierung nachweislich auf Grund ungenauer Daten des Statistischen Landesamtes falsch beriet-, dass an der Lehrerversorgung immer weitere Abstriche vorgenommen werden, was sich für die Grenzregionen fatal auswirkt. Selbst für Krankheitsvertretungen werden inzwischen Kräfte eingestellt, die nur eine Art „Light“-Ausbildung vorweisen können. Dies deshalb, weil das Land versäumt, rechtzeitig, das heißt spätestens im März, die Lehrkräfte durch eine Einstellungszusage an den Landesdienst zu binden. Das Beamtenverhältnis für Lehrkräfte wäre dabei ein zugkräftiges Argument. Trotz VBE-Interventionen lässt das Land die Lehrkräfte aber zu lange zappeln. Wenn die Einstellungszusagen kommen, haben die jungen Lehrkräfte bereits in der Schweiz unterschrieben und stehen dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung, denn in der Schweiz beginnt das Schuljahr deutlich früher als in Baden-Württemberg. Durch den neuen Wechselkurs, so der VBE-Vorsitzende, wird die Beschäftigung im Nachbarland noch lukrativer und seit jeher wird in der Schweiz in kleineren Klassen unterrichtet. Klein: „Durch die neue Finanzsituation wird das Unterrichten in den grenznahen Kantonen und das gleichzeitige Wohnen in Deutschland noch attraktiver für neu einzustellende Junglehrerinnen und Junglehrer. Es ist zu befürchten, dass künftig noch weniger Lehrkräfte dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.“ Der VBE fordert die Landesregierung erneut auf, endlich die Lage in der Grenzregion durch besondere Maßnahmen (z.B. frühere Einstellungszusagen) zu entschärfen.



**Josef Klein**

Vorsitzender  
VBE Südbaden